

Zunehmende Angst vor Jobverlust trotz gleichbleibender Beschäftigungsstabilität

Erlinghagen, Marcel

Veröffentlichungsversion / Published Version
Zeitschriftenartikel / journal article

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:
GESIS - Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Erlinghagen, M. (2010). Zunehmende Angst vor Jobverlust trotz gleichbleibender Beschäftigungsstabilität. *Informationsdienst Soziale Indikatoren*, 44, 1-4. <https://doi.org/10.15464/isi.44.2010.1-4>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY Lizenz (Namensnennung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:
<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY Licence (Attribution). For more Information see:
<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0>

Sozialberichterstattung
Gesellschaftliche Trends
Aktuelle Informationen

Eine **gesis** Publikation

Inhalt

Zunehmende Angst vor Jobverlust trotz gleichbleibender Beschäftigungsstabilität	1
Materielle Lebensbedingungen prägen Lebenszufriedenheit in Deutschland stärker als in anderen Ländern	5
Arbeitsgruppe „Zufriedenheit“ des Ameranger Disputs veröffentlicht Memorandum	10
Weniger Engagement bei Jugendlichen, mehr bei den Älteren	11
Social Indicator Monitor – SIMon	15

Zunehmende Angst vor Jobverlust trotz gleichbleibender Beschäftigungsstabilität

Dank Flexibilisierung der Arbeitszeiten und großzügiger Regelungen zur Kurzarbeit hat die aktuelle Wirtschaftskrise bisher am deutschen Arbeitsmarkt erfreulich geringe Spuren hinterlassen. Dennoch kann man annehmen, dass sich viele Arbeitnehmer Sorgen über ihre berufliche Zukunft machen. Derzeit liegen noch keine Daten vor, die eine Beantwortung der Frage erlauben würden, ob diese Angst derzeit größer ist als in früheren Rezessionen. Die Betrachtung der langfristigen Entwicklung erweist sich jedoch als aufschlussreich. Dabei soll neben der subjektiven Beschäftigungsunsicherheit auch die Dauerhaftigkeit von Beschäftigungsverhältnissen (Stabilität) als objektivierbarer Indikator zur Beschreibung des Arbeitsmarktgeschehens betrachtet werden. Die in diesem Beitrag¹ dargestellten Analysen basieren im Wesentlichen auf den Daten des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP).² Die Befunde zeigen, dass die Beschäftigungsstabilität in Deutschland langfristig nicht generell abnimmt, sondern erstaunlich stabil bleibt. Gleichzeitig aber offenbart sich in den letzten Jahren eine deutliche Zunahme der Angst vor Jobverlust. Nach der Präsentation der empirischen Befunde diskutiert der Beitrag daher die Gründe für diese scheinbar paradoxe Entwicklung, in dem der Zusammenhang zwischen dem Ausmaß der Beschäftigungsunsicherheit einerseits und der Arbeitslosenquote und der Einkommensungleichheit in Deutschland untersucht werden. Dabei ergeben sich Hinweise darauf, dass die zunehmende Wahrnehmung von Beschäftigungsunsicherheit in Deutschland mit den tiefgreifenden sozialpolitischen Veränderungen der vergangenen Jahre in Verbindung stehen könnte.

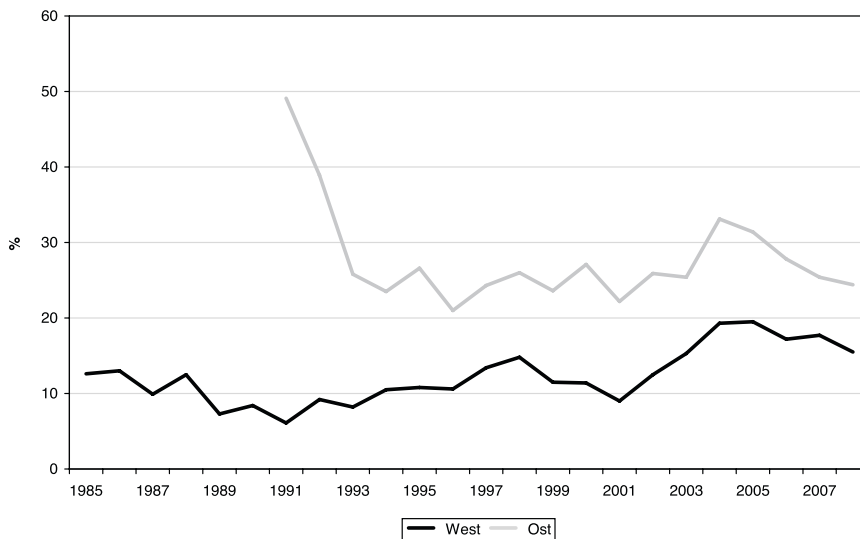
Grafik 1 zeigt den Anteil der Beschäftigten im Alter zwischen 20 und 65 Jahren (ohne Selbständige und Beamte), die im jeweiligen Jahr berichten, sich große Sorgen um den Fortbestand ihres Beschäftigungsverhältnisses zu machen.³ In Westdeutschland war das im Jahr 1985 bei etwa zwölf Prozent der Beschäftigten der Fall. Während des folgenden wirtschaftlichen Aufschwungs ging die Angst vor Jobverlust jedoch zurück und stieg erst in der ersten Hälfte der 1990er Jahre parallel zur Verschlechterung der konjunkturellen Lage auf einen ähnlichen Wert wie zu Beginn des Untersuchungszeitraums. Im Zuge der leichten wirtschaftlichen Erholung zum Ende der 1990er Jahre sorgte sich wieder ein kleinerer Teil der westdeutschen Beschäftigten um ihren Arbeitsplatz.

Unmittelbar nach der Wende berichtete jeder zweite Beschäftigte in der ehemaligen DDR, dass er sich große Sorgen um seine berufliche

Zukunft mache. Mit fortschreitendem Transformationsprozess sank dieser Anteil schnell, blieb dann jedoch im Verlauf der 1990er Jahre auf einem im Vergleich zum Westen konstant hohen Niveau, sodass sich zum Jahrtausendwechsel immer noch jeder vierte Beschäftigte in den neuen Bundesländern große Sorgen um den Fortbestand seines Arbeitsverhältnisses machte.

Kann die Entwicklung der Beschäftigungsunsicherheit bis zum Beginn des neuen Jahrtausends mit konjunkturellen Schwankungen beziehungsweise der nach wie vor schlechten Arbeitsmarktlage in den neuen Bundesländern erklärt werden, wächst die Angst vor Jobverlust in ganz Deutschland zwischen 2001 und 2004 erheblich. In den alten Bundesländern verdoppelte sich der Anteil der Beschäftigten mit Arbeitsplatzsorgen in diesem kurzen Zeitraum von zehn auf rund 20 Prozent; in den neuen Bundesländern blickte im Jahr 2004

Grafik 1: Anteil der Beschäftigten, die sich „große Sorgen“ um den Fortbestand ihres Jobs machen, 1985-2008 (West- und Ostdeutschland)



Quelle: SOEP (querschnittsgewichtet), eigene Berechnungen (ohne Selbständige und Beamte)

sogar jeder dritte Beschäftigte bezüglich des Fortbestandes seines Arbeitsplatzes sorgenvoll in die Zukunft. Während sich in den neuen Bundesländern jedoch anschließend der Anteil der Beschäftigten mit Arbeitsplatzsorgen wieder deutlich verringert hat und mit einem Anteil von etwa 25 Prozent in etwa die Werte der 1990er Jahre erreicht werden, geht die Beschäftigungsunsicherheit in Westdeutschland seit 2005 nur leicht zurück. Im Jahr 2008 als dem aktuellsten Beobachtungszeitpunkt der hier vorliegenden Untersuchung machen sich weiterhin gut 15 Prozent der Beschäftigten in den alten Bundesländern große Sorgen um ihren Arbeitsplatz, nachdem der Anteil in den deutlich vom Aufschwung geprägten Jahren 2006 und 2007 sogar noch größer gewesen war.

Beschäftigungsstabilität im Zeitverlauf konstant

Vor dem Hintergrund einer zumindest in den letzten Jahren zunehmenden subjektiven Beschäftigungsunsicherheit ist von Interesse, wie sich entsprechende objektive Indikatoren entwickelt haben, die Aussagen über die Mobilität am Arbeitsmarkt und die Dauerhaftigkeit von Beschäftigungsverhältnissen ermöglichen. In früheren Arbeiten zeigte sich, dass entgegen weit verbreiteter Annahmen zumindest bis zum Beginn des neuen Jahrtausends weder die Arbeitsmarktmobilität zugenommen noch die Stabilität von Beschäftigungsverhältnissen abgenommen hatte (vgl. z. B. Erlinghagen 2005). Nun stellt sich die Frage, ob sich nicht nur die subjektive Bewertung der Mobilität beziehungsweise Stabilität in den letzten Jahren gewandelt hat, sondern ob sich entsprechende Veränderungen auch anhand von objektiven Indikatoren nachweisen lassen.

Im Folgenden wird ausschließlich auf die „durchschnittliche unabgeschlossene Beschäftigungsdauer“ zur Bestimmung der

Beschäftigungsstabilität Bezug genommen. Sie wird berechnet, indem die Betriebszugehörigkeitsdauern aller zum Befragungszeitpunkt abhängig Erwerbstätigen im Alter zwischen 20 und 65 Jahren aufsummiert und durch die Anzahl der abhängig Beschäftigten geteilt werden.⁴

Grafik 2 dokumentiert die Entwicklung der Beschäftigungsstabilität in West- und Ostdeutschland anhand der durchschnittlichen unabgeschlossenen Betriebszugehörigkeitsdauer von aktuell Beschäftigten. Es zeigt sich, dass die Beschäftigungsstabilität in Deutschland im Verlauf der vergangenen zwei Jahrzehnte nicht generell abgenommen hat. In Westdeutschland waren die Beschäftigten im Jahr 1985 seit durchschnittlich zehn Jahren in ihrem Betrieb beschäftigt. Bis Ende der 1990er Jahre reduzierte sich dieser Wert auf rund 9,5 Jahre, um

anschließend bis zum Jahr 2008 wieder auf über zehn Jahre anzusteigen.

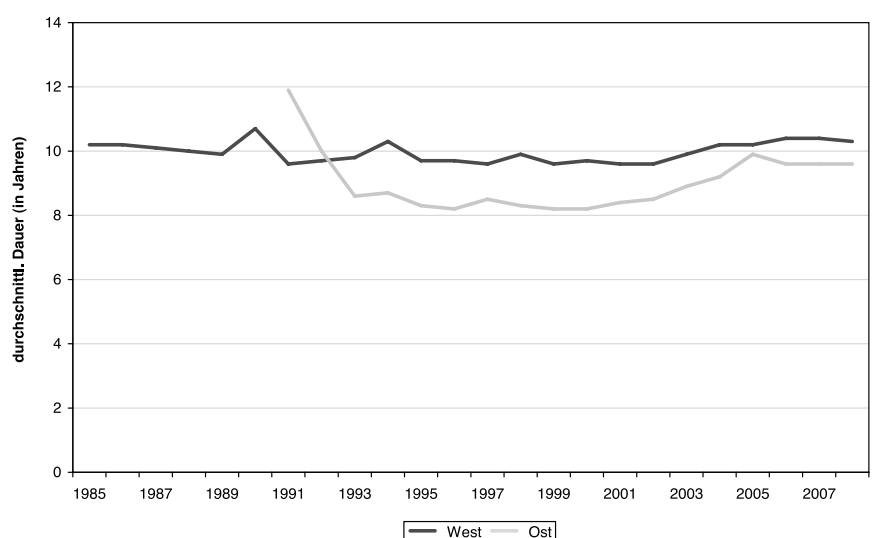
Dem gegenüber kam es nach der Wiedervereinigung im Zuge der Abwicklung der alten planwirtschaftlichen DDR-Betriebe zu einem enormen Rückgang der Beschäftigungsstabilität in den neuen Bundesländern. Waren 1991 die Beschäftigten in der ehemaligen DDR noch im Durchschnitt seit etwa zwölf Jahren in ihrem Betrieb beschäftigt gewesen, sank dieser Wert binnen kurzem auf acht Jahre. Nach einer Phase der Stagnation stieg dann jedoch nach dem Jahrtausendwechsel die durchschnittliche Betriebszugehörigkeitsdauer schnell an und erreichte im Jahr 2008 mit einem Wert von knapp zehn Jahren annähernd westdeutsches Niveau.

„Hartz“ und wachsende Einkommensungleichheit schüren Angst vor Arbeitsplatzverlust

Ob die Verunsicherung der Beschäftigten in Deutschland auch nach der aktuellen Wirtschaftskrise anhalten oder sogar weiter wachsen wird, hängt davon ab, welche Ursachen zu dieser Entwicklung geführt haben. Aus diesem Grund sollen nachfolgend mögliche Erklärungsansätze präsentiert werden, weshalb sich die subjektive Beschäftigungsunsicherheit in jüngster Vergangenheit so deutlich erhöht hat, obwohl sich objektive Indikatoren – wie zum Beispiel die Beschäftigungsstabilität aber auch das Wirtschaftswachstum – bis zum Ende des hier gewählten Untersuchungszeitraums im Jahr 2008 nicht entsprechend (dramatisch) verändert haben.

Es ist anzunehmen, dass die konjunkturelle Situation im Allgemeinen und die Arbeitsmarktlage im Besonderen die subjektive Bewertung der eigenen Beschäftigungssituation beeinflusst. Dementsprechend zeigt Abbildung 3a zumindest für Westdeutschland auch einen

Grafik 2: Durchschnittliche unabgeschlossene Betriebszugehörigkeitsdauer (in Jahren) der aktuell Beschäftigten 1985-2008 (West- und Ostdeutschland)



Quelle: SOEP (querschnittsgewichtet), eigene Berechnungen (ohne Selbständige und Beamte)

recht klaren positiven Zusammenhang zwischen der Arbeitslosenquote und dem Anteil der Beschäftigten, die sich große Sorgen um ihren Arbeitsplatz machen. In Ostdeutschland ist dieser Zusammenhang nicht für den gesamten Beobachtungszeitraum nachzuweisen, was vermuten lässt, dass die konstant hohe Beschäftigungsunsicherheit zu einem erheblichen Teil als andauernde Nachwirkung des Transformationschocks zu interpretieren ist.

Die westdeutschen Ergebnisse liefern darüber hinaus Indizien, dass es in den alten Bundesländern nicht nur unter den real von Arbeitslosigkeit Betroffenen, sondern auch unter Beschäftigten zu einem nachhaltigen Schock durch die sogenannten „Hartz-Reformen“ gekommen sein könnte. Das Streudiagramm in Grafik 3a zeigt, dass in den alten Bundesländern die Werte der Jahre 2003 bis 2008 deutlich über der Regressionsgerade liegen. Das heißt, dass die Beschäftigungsunsicherheit in diesen Jahren höher ausgefallen ist, als dies aufgrund der realen Arbeitsmarktlage – gemessen durch die Arbeitslosenquote – vor dem Hintergrund der Entwicklung im gesamten

Untersuchungszeitraum eigentlich zu erwarten gewesen wäre. Dabei ist zu berücksichtigen, dass die arbeitsmarktpolitischen Reformen im Zuge der damaligen „Agenda 2010“ nicht nur bestehende Regelungen verändert, sondern zugleich auch einen fundamentalen Systemwechsel eingeleitet haben. Der Übergang von der im Prinzip statuserhaltenden alten Arbeitslosenhilfe hin zum weitgehend statusunabhängigen Arbeitslosengeld II scheint zumindest von den Beschäftigten in den alten Bundesländern als bedrohlicher Bruch wahrgenommen worden zu sein, was sich dann in der wachsenden Angst vor dem Verlust des Arbeitsplatzes widerspiegeln könnte.

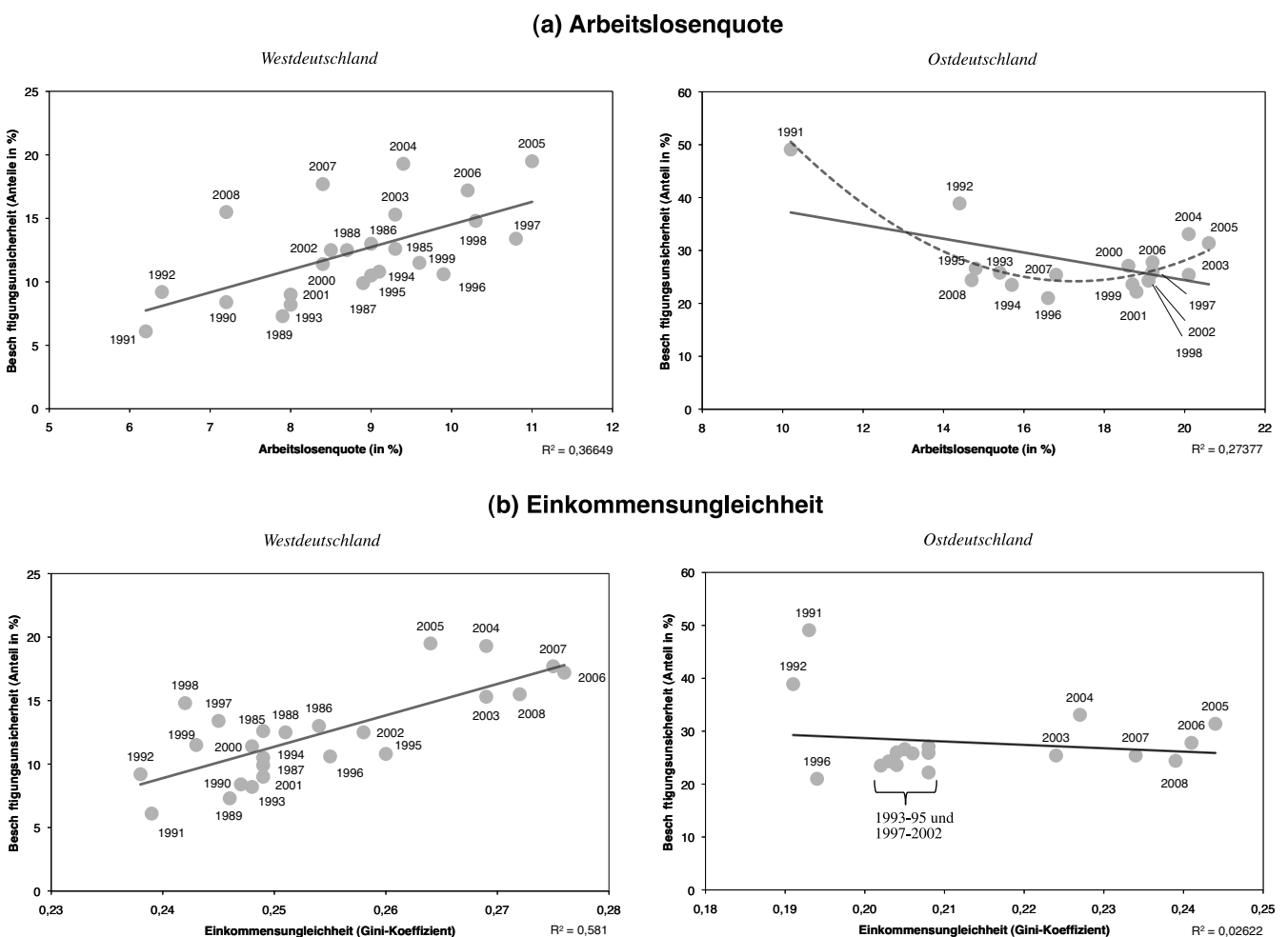
Innerhalb der vergangenen zehn Jahre hat sich die Einkommensungleichheit in Deutschland deutlich vergrößert. Eine Ursache dafür dürfte die deutliche Zunahme der Zahl der Niedrig-einkommensbezieher sein. Grafik 3b zeigt den Zusammenhang zwischen der Entwicklung der Einkommensungleichheit (gemessen als Gini-Koeffizient)³ und der subjektiven Beschäftigungsunsicherheit. Zumindest in Westdeutschland zeigt sich dabei ein klarer

positiver Zusammenhang. Insofern ist die in den letzten Jahren zunehmende Angst vor Jobverlust zu einem Teil vermutlich auch auf die gleichzeitig deutlich zunehmende Einkommensungleichheit zurückzuführen. Denn sinkende Einkommen gehen tendenziell auch mit einem abnehmenden finanziellen „Polster“ einher, auf das die Menschen bei Jobverlust zurückgreifen könnten. Ferner bedeutet die negative Lohnentwicklung für Arbeitnehmer, dass sich die Chancen verringert haben dürften, bei Jobverlust eine vergleichsweise gut entlohnte neue Stelle zu finden. Dies könnte zusätzlich erklären, wieso sich ein Zusammenhang zwischen Einkommensungleichheit und Angst vor Arbeitsplatzverlust feststellen lässt.

Beschäftigungsunsicherheit hat negative Auswirkungen für Wirtschaft und Gesellschaft

Die vorgestellten Analysen haben gezeigt, dass sich insbesondere zwischen 2001 und 2004 der Anteil der Beschäftigten in Deutschland deutlich erhöht hat, die sich große Sorgen um die Zukunft ihres Arbeitsplatzes machen. Dem steht jedoch auf den ersten Blick

Grafik 3: Zusammenhang zwischen Arbeitslosenquote, Einkommensungleichheit und Beschäftigungsunsicherheit



zu (a) Arbeitslosenquote: Quelle: BA

zu (b) Einkommensungleichheit gemessen als Gini-Koeffizient; Basis ist das individuelle Monatseinkommen: Quelle: SOEP-Monitor (www.diw.de)
Beschäftigungsunsicherheit gemessen als Anteil der Beschäftigten, die im jeweiligen Jahr angeben, sich große Sorgen um den Bestand ihres Arbeitsplatzes zu machen; Quelle: SOEP (querschnittsgewichtet), eigene Berechnungen

überraschender Weise kein turbulenteres Arbeitsmarktgeschehen zum Beispiel in Form sinkender Betriebszugehörigkeitsdauern gegenüber. So ist die Beschäftigungsstabilität in Westdeutschland in den vergangenen 25 Jahren trotz vielfältiger sozialer, politischer und wirtschaftlicher Veränderungen erstaunlich konstant geblieben. Und in Ostdeutschland nähern sich seit den 1990er Jahren die entsprechenden Werte langsam an die (noch) höhere Beschäftigungsstabilität in den alten Bundesländern an und haben diese zum Teil schon erreicht.

Bis zum Beginn des neuen Jahrtausends war auch die subjektive Beschäftigungsunsicherheit durch eine hohe Konstanz geprägt beziehungsweise nahm in den neuen Bundesländern nach dem Vereinigungsschock zusehends ab. Ab etwa 2001 lässt sich jedoch ein sprunghafter Anstieg der Angst vor Jobverlust in West und Ost verzeichnen. Der vorliegende Beitrag hat hier einige Indizien vorgelegt, die als Ursachen für diese deutlich ansteigende Verunsicherung der Belegschaften in deutschen Betrieben vor allem die tief greifenden sozialpolitischen Veränderungen der letzten Jahre wahrscheinlich machen. Die deutlich zunehmende Einkommensungleichheit im Zusammenwirken mit den von vielen als statusbedrohend empfundenen „Hartz-Reformen“ scheinen unter anderem wesentlich zur Verunsicherung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern beigetragen zu haben – und zwar bereits lange bevor die aktuelle Wirtschaftskrise begann.

Hinsichtlich der vielfältigen negativen sozialen und wirtschaftlichen Folgen der Angst vor Jobverlust herrscht in der wissenschaftlichen Literatur weitgehend Einigkeit. Verunsicherte Belegschaften reagieren tendenziell eher mit einem Rückgang der Motivation und Leistungsbereitschaft, der Krankenstand erhöht sich und verunsicherte Leistungsträger verlassen als erste den Betrieb und wechseln den Arbeitgeber. Dieser negative Zusammenhang zwischen betriebswirtschaftlicher Produktivität und Beschäftigungsunsicherheit ist nicht nur aufgrund der damit verbundenen Schwächung der volkswirtschaftlichen Leistungsfähigkeit problematisch. Hohe Krankenstände können auch zur Belastung des Gesundheits- und Rentensystems werden (steigende Behandlungskosten, verstärkte Frühverrentung etc.). Geishecker (2010) hat in einer jüngst erschienenen Studie sogar Hinweise dafür liefern können, dass die Angst, den Arbeitsplatz zu verlieren, das individuelle Wohlbefinden sogar stärker beeinträchtigt als tatsächliche Arbeitslosigkeit. Gleichzeitig zeigen eine Reihe von Studien auch die negativen Auswirkungen von Beschäftigungsunsicherheit auf Familien, in denen es unter solchen Bedingungen zum Beispiel verstärkt zu Konflikten kommen kann. Und schließlich gibt es Anhaltspunkte dafür, dass die Sorge um den Arbeitsplatz auch zu einer Konsumzurückhaltung mit allen damit verbundenen negativen Folgen für die Wirtschaft führen kann.

Aufgrund der kurz- bis mittelfristigen negativen Auswirkungen von Beschäftigungsunsicherheit auf Beschäftigte, Betriebe, Familien und soziale Sicherungssysteme wären Anstrengungen zur Reduktion der Angst vor Jobverlust alleine schon gerechtfertigt. Jedoch ist auch darüber zu diskutieren, ob die subjektive Beschäftigungsunsicherheit – die im Übrigen im europäischen Vergleich in Deutschland bereits vor der Krise besonders hoch war (Erlinghagen 2008) – nicht auch ein wichtiger Faktor bezüglich der langfristigen internationalen Wettbewerbsfähigkeit deutscher Unternehmen ist. So kommt angesichts des demographischen Wandels und der absehbaren Verknappung des Arbeitskräftepotentials einer Reduzierung der Beschäftigungsunsicherheit auch eine wichtige Bedeutung in Bezug auf den nachhaltigen Umgang mit Humankapitalressourcen zu. Ungeachtet der Fragen nach einer erneuten beziehungsweise wiederbelebten „Humanisierung der Arbeit“ könnten die (dauerhaft) verunsicherten jüngeren Belegschaften von heute die nicht mehr leistungsfähigen oder aber nicht mehr leistungsbereiten älteren Beschäftigten von morgen sein. Dies ist nicht nur für die Beschäftigten selbst wenig erstrebenswert, sondern kann wohl auch nicht Ziel von Politik und Unternehmen sein.

- 1 Der vorliegende Text ist eine gekürzte und leicht überarbeitete Fassung von Erlinghagen (2010). Dort finden sich auch umfassendere Literaturverweise.
- 2 Das SOEP ist eine seit 1984 jährlich durchgeführte Wiederholungsbefragung von Haushalten in den alten und (seit 1990) neuen Bundesländern. Befragt werden dabei Personen ab 16 Jahren. Dadurch können Analysen sowohl auf Haushalts- als auch auf Personenebene erfolgen. Der Panelcharakter der Befragung erlaubt sowohl repräsentative Querschnitts- als auch Längsschnittanalysen (vgl. Wagner et al. 2007).
- 3 Konkret wird im SOEP die Frage gestellt: „Wie ist es mit den folgenden Gebieten – machen Sie sich da Sorgen?“ Den Befragten werden elf Themenfelder genannt. Eines dieser Themenfelder bezieht sich auf die subjektive Beschäftigungssicherheit: Die Frage nach den Sorgen bezieht sich hierbei auf: „Um die Sicherheit Ihres Arbeitsplatzes?“ Den Befragten stehen drei Antwortkategorien zur Auswahl: „Große

Sorgen“, „Einige Sorgen“ und „Keine Sorgen“.

- 4 Ergebnisse auf Basis anderer Maßzahlen finden sich zum Beispiel in Erlinghagen 2010; zur Methodendiskussion vgl. Erlinghagen/Mühge 2006.
- 5 Der Gini-Koeffizient ist ein gängiges Maß für die Ungleichverteilung und stellt die tatsächliche Verteilung zum Beispiel von Einkommen in Relation zur hypothetischen Gleichverteilung. Der Gini-Koeffizient kann theoretisch einen Wert zwischen 0 und 1 annehmen, wobei die Ungleichheit umso größer ist, je näher der Wert an 1 liegt.

Erlinghagen, Marcel, 2010: Mehr Angst vor Arbeitsplatzverlust seit Hartz? Langfristige Entwicklung der Beschäftigungsunsicherheit in Deutschland. IAQ-Report 2010-02. Duisburg: IAQ.

Erlinghagen, Marcel, 2008: Self-Perceived Job Insecurity and Social Context. A Multi-Level Analysis of 17 European Countries. *European Sociological Review* 24: 183-197.

Erlinghagen, Marcel, 2005: Die mobile Arbeitsgesellschaft und ihre Grenzen. Zum Zusammenhang von Arbeitsmarktflexibilität, Regulierung und sozialer Sicherung. S. 31-52 in: Martin Kronauer, Gudrun Linne (Hg.), *Flexicurity: Die Suche nach Sicherheit in der Flexibilität*. Berlin: edition sigma Verlag.

Erlinghagen, Marcel, Mühge, Gernot, 2006: Wie kann man die Beständigkeit von Beschäftigungsverhältnissen messen? Durchschnittliche Betriebszugehörigkeitsdauer und Überlebensrate: Zwei Messkonzepte im Vergleich. *Wirtschaftswissenschaftliches Studium* 35: 308-315.

Geishecker, Ingo, 2010: Perceived Job Insecurity and Well-Being Revisited: Towards Conceptual Clarity. *SOEP Papers* No. 282. Berlin: DIW.

Wagner, Gert G., Frick, Joachim R., Schupp, Jürgen, 2007: The German Socio-Economic Panel Study (SOEP) – Scope Evolution and Enhancements. *Schmollers Jahrbuch* 127: 139-169.

■ Marcel Erlinghagen
Institut Arbeit und Qualifikation (IAQ),
Universität Duisburg-Essen
Tel.: 0203 / 379-2733
marcel.erlinghagen@uni-due.de